

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

68 (22.3.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 3 Zustellgebühr: ab-
scholl in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.-M; am Postschalter
1.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelheft 20 A.
Ausgabe: Verlags mittags; Geschäftszeit:
11-12 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.
Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 60 3, auswärts 70 3. Die
Reklamezeile 2.50 M. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Annahme-
schluß 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Ein neuer Aufruf der Reichsregierung.

WTB. Berlin, 20. März. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:
Arbeiter, Bürger! Kapp ist davongelaufen, Generalstreik entlassen. Der Oberreichsanwalt hat wegen Schöberers ein Verfahren gegen die Führer bereits eingeleitet. Die verfassungsmäßige, vom Volkswillen bezeugte und getragene Regierung Bauer ist wieder in vollem Besitz der Reichsgewalt. Alle in Berlin befindlichen Truppen, die Reichs- und Sicherheitswehr, stehen fest hinter der Regierung. Die Verhandlungen über den Abbruch des Generalstreiks sind im Gange. Durch ihren siegreichen Kampf für die Demokratie hat sich die Arbeiterklasse einen unteilbaren Anspruch auf Sicherstellung und Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte erworben. Die Sympathie der ganzen Welt war bei diesem Kampf gegen die Militärdiktatur auf Seiten des deutschen Volkes. Am Donnerstag hat bereits der französische Geschäftsträger Macelli die Reichsregierung zu ihrem Sieg über Kapp und Kitzing beglückwünscht, am Freitag hat der englische Geschäftsträger Lord Kilmer das erklärt, daß die Gewährung von Lebensmitteln, Holzstoffen und Krediten nur möglich wäre, wenn im Innern Deutschlands ein verfassungsmäßiger Zustand herrschen und Ruhe und Ordnung weber von rechts noch von links gestört würden. Wieder mit der Diktatur! Hoch die Demokratie!
Die Reichsregierung gez. Bauer.

Zusammentritt der Nationalversammlung in Berlin.

WTB. Berlin, 20. März. Präsident Fehrenbach erläßt folgendes Telegramm an die Mitglieder der Nationalversammlung: Ich bitte sämtliche Kollegen, sich Montag, den 22. d. M., in Berlin einzufinden, damit am folgenden Tage die Verhandlungen zu Berlin zusammenkommen können. Die nächste Plenarsitzung werde ich am Mittwoch, den 24. d. M., nachmittags, anzuberaumen. Präsident Fehrenbach.

Die Vereinbarungen.

Die Vertreter der Mehrheitsparteien in Berlin nach langwierigen Verhandlungen mit den Gewerkschaften getroffen haben, haben nach Redungen diesen Wortlaut:

1. Die hier anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß 1. bei Neubildung der Regierung im Reich und in Preußen die Parteienfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen gelöst und auch diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksobervertretung.
2. Sofortige Entwaffnung und Befreiung aller am Kapp- und am Sturz der verfassungsmäßigen Regierung Schuldigen sowie der Beamten, die sich der ungesetzlichen Regierung zur Verfügung gestellt haben.
3. Grundsätzliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen, und deren Ertrag durch zuverlässige Kräfte; weiter Wiederanstellung aller in öffentlichen Diensten und politischen oder gewerkschaftlichen Gründen gemäßigten Organisationsvertreter.
4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angehörigen und Beamten.
5. Sofortiger Ausbau, Befestigung und Schaffung neuer Spezialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten, schnelle Einführung eines freigeleiteten Beamtenrechts.
6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung aller dafür reifer Wirtschaftszweige unter Jugendbelegung der Beschlüsse der Sozialisationskommission, zu der die Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisationskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlenhandels und Kalkhandels durch das Reich.
7. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung aller verfügbaren Lebensmittel und stärkste Bekämpfung des Wunders und Schiebertums in Stadt und Land, Sicherung der Erfüllung der Lieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden. Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtungen.
8. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebenden, konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus Kremlen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgend eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erwerbende Rechtsansprüche treugebender Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.
Eine Reihe anderer Fragen, die ebenfalls besprochen wurden, wie Amnestie aller politischen Süßlinge aus der Zeit vor dem 1. März und Aufhebung der Zeitfreiwilligen-Verbände und der Technischen Kohle wurden nicht ausdrücklich fixiert, sondern späterer Entscheidung vorbehalten.

Brantings Glückwunsch an die Reichsregierung.

WTB. Stockholm, 20. März. Ministerpräsident Branting sprach gestern bei einem Empfang des deutschen Gesandten Kappeler in der deutschen Regierung seine besten Glückwünsche zur kühnen Erledigung des reaktionären Kappes aus und hat dem Gesandten, dem Reichspräsidenten Goertz seine persönlichen Grüße zu übermitteln.

Die Lage in Berlin.

WTB. Berlin, 21. März. Ueber die Lage in Berlin wird u. a. mitgeteilt: Die Generalkommission der Gewerkschaften und die Berliner Gewerkschaftskommission haben den Abbruch des Generalstreiks proklamiert. Demgegenüber beharrt die Generalkommission, deren Mitglieder größtenteils aus Angehörigen der U.S.P. besteht, auf der Durchführung des Generalstreiks.

Die Forderungen der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berlin, 20. März. Die Gewerkschaftsorganisationen in Berlin haben ihre Forderungen, die sie als Bedingung für die Aufhebung der Generalstreikparole aufstellen, dahin präzisiert: Befreiung, Zurückziehung und Entwaffnung der Baltikumtruppen und ihrer Führer, Maßregelung aller Beamten, die den Militärputsch unterstützt oder gefördert haben, Auflösung der gegenrevolutionären Formationen, Bildung von Sicherheitsorganisationen durch organisierte Arbeiter, schnelle Demokratisierung der Verwaltung unter Mitwirkung der Arbeitnehmer, Sozialisierung des Kohlenbergbaus und der Kraftgewinnung, Übernahme des Kohlen- und Kalkhandels durch das Reich, neue sozialistische Gesetze, die die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in Wirtschaftsbetrieben mit den Arbeitgebern sicherstellen, Rücktritt der Minister Kossel, Heine und Oeler, Verpflichtung der Parteien, bei der Neubildung des Kabinetts die Gewerkschaftsorganisationen mitwirken zu lassen.

Was zu diesen Forderungen zu sagen ist, haben wir bereits am Samstag gesagt: Ueber die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen läßt sich reden, die politischen Forderungen zu stellen und durchzuführen, ist Sache der politischen Parteien.

Verstärkter Belagerungszustand in Br'n.

WTB. Berlin, 20. März. Zur Verordnung des Reichspräsidenten aufgrund des Art. 48 Absatz 2 der Verfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Bezirke des Reichswehrtruppenkommandos 1 (Berlin und Provinz Brandenburg) der verstärkte Belagerungszustand verhängt. Aufgrund dieser Verordnung wird Reichswehr und Sicherheitspolizei ermächtigt, da Automobile mit besetzten Individuen durch die Straßen fahren und auf Posten sitzen, den gesamten Automobilverkehr anzuhalten und nach Wassen zu untersuchen. Die Insassen der Kraftwagen, bei denen Wassen gefunden werden ohne den vorgeschriebenen Berechtigungschein zu besitzen, werden standrechtlich mit dem Tode bestraft. Die Verordnung warnt die Bevölkerung von Groß-Berlin, ohne zwingenden Grund die Straßen nach Eintritt der Dunkelheit zu betreten, da sie sonst läuft, getroffen zu werden. Gleichzeitig werden vom Militäroberbefehlshaber außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt, sowie die Bildung von Standgerichten angeordnet. In einer weiteren Verordnung werden Versammlungen in geschlossenen Räumen gestattet, während Versammlungen unter freiem Himmel der Genehmigung bedürfen.

Der Aufruf der Eisenbahner.

Berlin, 20. März. Die vier großen Eisenbahnorganisationen erlassen folgenden Aufruf an die Eisenbahner:

An alle Eisenbahner!

Die unterzeichneten großen Organisationen des Eisenbahnpersonals proklamieren den Generalstreik ausschließlich zu dem Zweck, um die Wiederkehr verfassungsmäßiger Zustände zu erzwingen. Nachdem der gegebene Zweck erreicht ist, halten die gesamten Organisationen in freier Entscheidung an der ausgegebenen Parole fest, daß der Dienstbetrieb sofort wieder aufgenommen ist. Für den erforderlichen Schutz der Arbeitwilligen soll gesorgt werden. Die Parole der Generalstreikleitung, die Arbeit wieder aufzunehmen, ist keine Fälschung.

Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten, Kartell der Eisenbahnergewerkschaften Deutschlands, gez. Quade, gez. Büns; Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsbeamten, gez. Roth; gez. Anbel; Allgemeiner Eisenbahnerverband, gez. Scaruppe; Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer, gez. Scherf; Scherf.

Die Lage im rheinischen Industriegebiet.

Vollzugsausschüsse.

Düsseldorf, 20. März. Hier hat sich heute ein Vollzugsausschuß gebildet, der aus Mitgliedern der drei sozialdemokratischen Parteien besteht. Aufgrund von Verhandlungen mit der Stadtverwaltung ist dem Vollzugsausschuß ein Kontrollrecht über die allgemeine Verwaltung und über die Polizeiverwaltung zugesprochen worden. Die Stadtverwaltung führt die Geschäfte einweilen fort. Die Beamten und Angestellten sollen uneingeschränkt und die Rechte der Stadtverordnetenversammlung unberührt bleiben. Ueber die Dienststellung und Bezahlung der Sicherheitswehren noch Verhandlungen.

Sagen, 20. März. Die drei sozialistischen Parteien des Industriegebietes haben an die Nationalversammlung eine Drabingung gerichtet, in der es heißt: Die drei sozialdemokratischen Parteien des Industriegebietes stellen sich einmütig auf den Standpunkt, daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um die Reaktion niederzuschlagen. In keiner Weise können sie dem Generalstreikern von Watter Vertrauen entgegenbringen, der als reaktionärer, monarchistischer Offizier die Arbeiter zur Aufgabe der Wassen aufforderte, aber das Battalion Schulz, das auf dem Boden der Kappregierung steht, nicht entwaiffnete. Wir werden sofortige Einstellung der Truppenbewegung, da wir sonst gezwungen sind, in berechtigter Wehr zum Angriff zu greifen. Die Konferenz lehnt einmütig die Einführung der Militärregierung ab und steht mit ihrem Verzeihen auf durchaus berechtigtem Boden. Im Industriegebiet besteht größte Ruhe und Ordnung. Die Arbeit wurde mit Ausnahme der unter Wassen stehenden Arbeiter voll wieder aufgenommen.

Aus Mitteldeutschland.

Halle a. d. S., 21. März. Während des gestrigen Tages und in der Nacht kam es zu lebhaften Feuergefechten zwischen Truppen und bewaffneten Arbeitern. Die Stadt soll ziemlich von Arbeitern eingeschlossen sein.

Mühlhausen i. Th., 20. März. Die Gewalt liegt in den Händen eines ungeheuerlichen Vollzugsrates. Die Straßenausgänge in der Richtung nach Langenalza sind besetzt und gesperrt.

Braunschweig, 19. März. Der Eisenbahnbetrieb ist wieder aufgenommen worden. Die Zeitungen erscheinen wieder. In den großen industriellen Betrieben soll die Arbeit erst am Montag wieder aufgenommen werden.

Leipzig, 21. März. Der Eisenbahnbetrieb im Streikgebiet Leipzig ist heute vormittag 6 Uhr in vollem Umfang wieder aufgenommen worden.

Die Situation in Ostpreußen.

Königsberg i. Pr., 20. März. Die „Königsberger Zeitung“ verbreitet einen Aufruf der sozialdemokratischen Partei in Königsberg, wonach die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nur dann möglich erscheint, wenn die nachfolgenden Forderungen erfüllt werden: Entziehung des Generalleutnants Störff und seines Stabes, der Oberpräsidenten Winnig, des Oberpräsidenten von Haffel, des Oberhauptmannes von Brück, des Regierungspräsidenten von Braun, sowie sämtlicher Beamten, die Regierung Kapp Gefolgschaft geleistet haben, Auflösung der bestehenden Einwohnerwehr und Bildung einer neuen unter Führung von Leuten, die unbedingt auf dem Boden der Verfassung stehen. Wie der Parteivorstand weiter mitteilt, ist seiner Forderung insofern bereits entsprochen worden, als Generalleutnant v. Störff jenseits der Reichsregierung seines Postens entbunden worden ist. Die Staatsregierung hat auch den Oberpräsidenten v. Haffel seines Postens entbunden. Weitere Amtsenthebungen stehen bevor.

Königsberg i. Pr., 21. März. Hier ist es gestern auf dem Schloßplatz zu einer Schießerei gekommen, bei der acht Personen verletzt wurden.

Nach einer Meldung der „Königsberger Zeitung“ ist Oberpräsident Winnig aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschlossen worden.

Diktatur des Stumpffsinns.

Die Kapitulation der Kapp-Rutschisten gibt der „Sozialistischen Republik“ (Nr. 66) Veranlassung zur Fortsetzung ihrer beliebigen Hege gegen die Rechtssozialisten. Sie behauptet, daß die sozialdemokratische Partei kein Vertrauen zur Arbeiterklasse habe und daß wir die revolutionären Arbeiter hohnen und schmähen würden. Im Behaupten sind ja die „Linken“ immer groß, so „groß“ wie als Politiker überhaugt.

Es ist eine über alle Maßen alberne Behauptung, die sozialdemokratische Partei hätte „kein Vertrauen zur Arbeiterklasse“. Wir stützen uns lediglich auf das Vertrauen der vernünftig denkenden Arbeiterklasse. Kein Vertrauen haben wir allerdings zu den linksradikalen Manichäern. Die linksradikalen verlangen die proletarische Diktatur und wollen von einem Zusammengehen in kritischen Zeiten mit den bürgerlichen Regierungsparteien — Zentrum und Demokraten — nichts wissen. Welche Kurzsichtigkeit! Statt alle Kräfte der auf verfassungsmäßigem, demokratischem Boden stehenden Parteien anzuziehen und die Gegenrevolutionäre zu isolieren, betreiben sie eine Politik, die diese Parteien abstoßt und sie schließlich ins gegenrevolutionäre Lager drängt. Statt die Gegenrevolutionäre zu isolieren, isolieren sie sich selbst, stärken die Militärpartei, die sie doch besettigen wollen und bereiten ihren eigenen Untergang vor.

Das Beispiel Ungarns zeigt uns deutlich, wohin die ultraradikale Politik führt. Die Herrschaft der Reaktion ist dort vollkommen und keine Hand im Bürgertum findet sich nach der kurzen Nacht des Bolschewismus dazu bereit an ihrem Sturz mitzuwirken. Die ungarische Arbeiterklasse bekämpft zwar den gegenwärtigen Zustand aufs äußerste, aber sie will in ihrer Mehrheit nicht die Wiederkehr des Vorangegangenen.

Das wäre das Tragischste, was nach dem soeben erfolgten Siege der jungen Republik und dem Proletariat zufließen könnte, wenn sich aus diesem Siege ein gegenseitiger Aufreißungskampf des Proletariats und damit dessen schwerste Niederlage entwickeln würde.

In der Tat steht es jetzt so, daß die Einigkeit des Proletariats aufs neue gefährdet wird durch räuberische Experimente der Linksradikalen. In zahlreichen Städten nehmen die Kämpfe einen ausgesprochen kommunistischen Charakter an. Das Volk wieder in Verfall zu bringen, ist der einig sichtbare Erfolg der Berliner Kapp-Reaktionäre, die ihre Courage erst aus den ständigen Umtrieben der Linksradikalen genommen haben. Aber die Gefahr liegt nicht so sehr darin, daß die Kommunisten Erfolg haben könnten, als vielmehr in dem Umstand, daß durch die notwendige Abwehr und die in ihrem Gefolge entstehenden Wirren die Arbeiter sich so zersplittern und gegenseitig schwächen, daß der Reaktion ein zweites Mal gelingen könnte, was ihr diesmal noch fehlte. Denn das Bürgertum würde in hellen Scharen zur Reaktion übergehen, nicht aus Herzensneigung, sondern weil ihm diese als das kleinere Uebel gegen ein Diktatur von unten erscheinen würde.

Dies mögen die Diktatoren um Kräfte und Konfidenz bedenken!

Die Leiden unserer in Frankreich zurück-behaltenen Volksgenossen!

Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich ist nach amtlicher Mitteilung der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene beendet. Wir haben bereits in unserer letzten Samstagnummer festgestellt, daß von den 430 000 Kriegsgefangenen erst 150 000 zurückgeführt sind, also noch 280 000 fehlen.

Nun hat das Spiel der Diplomatie auf dem politischen Theater in Berlin die Wende der Welt auf sich gezogen. Die deutsche Regierung ist gezwungen, ihre ganze Kraft zur Abwehr dieser Verbrechen und ihrer Folgen aufzubieten in einem Augenblick, der für die Herausgabe unserer Volksgenossen aus Feindeshand entscheidend gewesen wäre. Die preussischen Sabelträger, die sich so gerne als die Beschützer der Kriegsgefangenen aufspielen, wenn es ihren Schweden dient, verlängern die Leidenszeit unserer gefangenen Brüder. Es ist aber dringend nötig, daß wir die unglückseligen Opfer des Krieges nicht aus den Augen verlieren.

Die französische Regierung hat vor Beendigung der allgemeinen Heimführung die deutschen Kriegsgefangenen, die der Hunger oder die Sehnsucht nach der Heimat zwang, und die sich dadurch Bestrafungen zuzogen, in 3 Gruppen eingeteilt:

1. in solche, die bestraft waren, aber ihre Strafe nicht verbüßt hatten;
2. in solche, die wohl ihre Freiheitsstrafe abgebußt, aber die meist recht hohen Geldstrafen noch nicht verbüßt hatten;
3. in solche, die die Freiheitsstrafe noch nicht verbüßt hatten.

Die Gruppe 1 wurde ohne weiteres zurückbehalten. Von der 2. Gruppe wurde durch die Solidarität der Kriegsgefangenen, die ihre Aufgaben zusammen legten, eine Anzahl befreit. So wurden in einem Lager 30 Kriegsgefangene durch ihre Kameraden um den Preis von 8000 Francs losgekauft.

Solch schamlosen Sklavenhandel bildet die französische Regierung. Dadurch werden tausenden von Volksgenossen Seelenqualen bereitet, die zum Himmel schreien! Grenzloser Jammer tausender deutscher Familien ist damit verbunden.

Jeder Volksgenosse, der im Schützengraben stand, hat es am eigenen Leibe erfahren, wie niederdrückend es war, wenn die Nachrichten aus der Heimat ausblieben. Dabei handelte es sich damals nur um einige Tage der Ungewißheit. In Frankreich schmachten aber Genossen, die wochenlang nicht nach Hause schreiben dürfen und, was noch schlimmer ist, monatelang keine Nachricht von ihren Angehörigen erhalten können. Denke sich z. B. jeder in die Lage des Sohnes einer Karlsruher Arbeiterfamilie, der an seinen Vater, — die Mutter starb aus Gram vor einigen Monaten, — schrieb: „Mein lieber Vater! Freue Dich mit mir; denn der Tag der Erlösung, der goldenen Freiheit steht vor der Tür. Ich erwarte jeden Tag die Nachricht, den Befehl: Rufen paden. Vorbereiten zur Abfahrt! Endlich findet die Sehnsucht Ruhe und die jahrelangen Wünsche werden Wahrheit. Vater, mein lieber guter Vater! bald haben wir uns wieder. Bald dürfen wir uns wieder umarmen. Bald bin ich wieder Euch, Dier!“

So schrieb der Sehnsuchte am 15. Februar 1920. Einige Tage später wurde er der Gruppe 3 zugeteilt.

Die französische Regierung bringt unsere Angehörigen zur Verzweiflung. Eine Saat hat sie aus, die ihr böse Früchte bringen wird. Deshalb ist es höchste Zeit, daß unsere Klassenorganisationen jenseits der Grenzpforte sich einsehen für die restlose Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen. Dieser Akt der Menschlichkeit würde die Verzögerung beider Völker, auf die beide angewiesen sind, gewaltig fördern.

Badische Politik.

Die Einwohnerwehren.

Man schreibt uns: Es ist von jeher der Wunsch der Regierung und der Einwohnerwehr selbst gewesen, daß in die Einwohnerwehr die Mitglieder aller auf dem Boden der verfassungsmäßigen Regierung stehenden Parteien und die Angehörigen aller Bevölkerungsteile eintreten. Dieser Wunsch ist bisher nicht in dem erforderlichen Maße in Erfüllung gegangen. Der unsmittliche Ruf in Berlin und die Haltung der Berliner Einwohnerwehr hat es unbedingt nötig gemacht, daß nunmehr, mehr als bisher, auch die Arbeiterkraft zur Mitwirkung bei den Einwohnerwehren herangezogen wird. Es ist zu erwarten, daß dieser Ruf weitestgehend befolgt wird, auch da wo trotz eifriger Bemühungen bisher die Arbeiterkraft der Einwohnerwehren mehr oder weniger sich fern gehalten hat. Die Einwohnerwehren in Baden stehen unbedingt auf dem Boden der verfassungsmäßigen Reichs- und Landesregierung und sind gemäß ihrer eingegangenen Verpflichtung bereit, die verfassungsmäßige Regierung gegen gewalttätige Angriffe gleich-

gültig von welcher Seite sie kommen, zu schützen. Zur Festigung des Vertrauens der Gesamtbevölkerung ist es aber nötig, daß dies durch die Organisation der Führung der Einwohnerwehr offenkundig wird. Es ist hiernach folgendes erforderlich:

1. Die Führung der Einwohnerwehr kann nur in Händen von Männern liegen, die unzweifelhaft auf dem Boden der verfassungsmäßigen Regierung stehen und die bereit sind, die verfassungsmäßige Regierung gegen Gewalt zu schützen. Führer, die durch ihre bisherige Haltung Anlaß zu Bedenken in dieser Hinsicht gegeben haben, sind zu veranlassen, von der Führung zurückzutreten.
2. Dem Führer der Einwohnerwehr soll ein Beirat zur Seite treten, in dem möglichst Vertrauensmänner der drei Parteien sind. Auch die Mitglieder anderer Parteien können in diesem Beirat eine Vertretung finden, wenn sie sich vorbehaltlos verpflichten, die verfassungsmäßige Reichs- und Landesregierung gegen jegliche gewalttätige Angriffe zu schützen. Dem Beirat soll auch ein Vertreter des Bezirksamts und der Gemeindevorstände angehören. Diese Beiräte haben sich über alle Maßnahmen der Führung auf dem Laufenden zu halten und es soll ohne ihre Zustimmung seitens der Führung nichts Entscheidendes angeordnet werden.
3. Der Arbeiterbeirat soll in weitem Umfang die Möglichkeit gegeben werden in die Einwohnerwehr einzutreten. Es werden aus der Arbeiterkraft Wehrobrigaden gebildet und listenmäßig aufgestellt, die ihre Führer bestimmen und im Falle der Gefahr von der Regierung zur Verteidigung der Republik aufgerufen werden. Die Waffen sollen in Deposits bis zum Aufbruch niedergelegt bleiben. Die Bildung dieser Arbeiterkompanien geschieht am besten im Anschluß an die Einwohnerwehren. Selbstverständlich muß geprüft werden, ob in den Listen nur Personen stehen, die die verfassungsmäßige Regierung gegen jeden gewalttätigen Angriff zu schützen bereit sind und denen unbedenklich im Falle der Gefahr Waffen anvertraut werden können. Diese Prüfung wird der oberste Beirat der Führung der Einwohnerwehr vorzunehmen haben.
4. Für die neuereitenden Arbeiter oder die neuzubildenden Arbeiterkompanien sind Waffen bereit zu legen in der gleichen Weise, wie nach den bisherigen Anordnungen für die Einwohnerwehren überhaupt. Es dürfen weder die alten Mitglieder der Einwohnerwehren noch die neuereitenden Arbeiter die Waffen in persönlicher Besitz bekommen ehe sie aufgerufen sind, es sei denn, wenn und solange sie zur Bewachung der Waffendepots herangezogen werden. Gewalttätige Aneignung von Waffen muß gegenüber jeder Seite mit allen Mitteln verhindert werden.
5. Wemgleich die vorhandenen Waffenbestände vielfach schon bisher für die Mitglieder der Einwohnerwehr nicht völlig ausreichen, muß nach Eintreten neuer Arbeitermitglieder oder Bildung von Arbeiterkompanien die Einteilung der Waffenbestände so vorgenommen werden, daß auch den Arbeitern eine ihrer Zahl entsprechende Bewaffnung sichergestellt ist.

Eine Anfrage an die deutschnationale Volkspartei Badens.

Wie aus den Landtagsberichten ersichtlich, war die Haltung der Deutschnationalen zur Kappischen Hochverratserei eine mehr als zweifelhafte. Der deutschnationale Fraktionschef, Herr Oberbürgermeister Mayer-Karlruhe, lehnte zwar das Kappunternehmen ab, sofern es ein künstliches sei, unterließ es jedoch, der hochverräterischen Verfassungsverletzung entgegenzutreten abgesehen davon, daß in den Worten, „sofern es ein künstliches Verbrechen ist“, die Schlussfolgerung für die tatsächliche Stellungnahme liegt, sofern sie nicht nur künstlich gewesen wäre, sondern auch tatsächliche Macht sich hätte aneignen können. Damit nicht genug, hat die deutschnationale Fraktion in den kritischen Stunden des deutschen Volkes eine parteiamtliche Erklärung abgegeben, daß der Landesvorsitz der Deutschnationalen Partei sofort einen Beauftragten nach Berlin geschickt hat, der sich an Ort und Stelle über die Verhältnisse unterrichten soll. Da hierüber bereits acht Tage verstrichen sind und der deutschnationale Abgeordnete Mayer wohl sich wieder erinnern dürfte, daß er neben seiner außerpolitischen Tätigkeit als Informationsquelle der badischen Deutschnationalen auch noch ein Mandat zum badischen Landtag hat, dessen er in den kritischen Stunden der letzten Woche nicht dachte, dürfen wir auf den diplomatischen Bericht des Berliner Gesandten der badischen Deutschnationalen gespannt sein. Vielleicht erfährt auch die Öffentlichkeit etwas von diesen Informationen, die vielleicht auch in anderer Art waren. Auf alle Fälle hat das badische Volk keine Lust, sich durch trübe Quellen verwirren zu lassen; dagegen verlangt es Klarheit über die Tätigkeit des Herrn Abgeordneten Mayer.

Vorbereiten der Zwangswirtschaft. In einem amtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wird ausgeführt, daß,

war, das trotz der Wurm. Die Alten schnalften den Hungerriemen eng und die Kinderlein liefen mit blassen Wangen, während die Mütter verhärmte Gesichter hatten. Da traten nun die Gemeindevorstände zu einem Rat zusammen, wie der Not abzuhelfen sei. Man rief hin, man rief her und fand keinen Ausweg. Die Bürger schwiegen alle und war da eine bange Pause eingetreten. Bis plötzlich einer von den Männern, der ein Weber war, von seinem Platz aufstand und in den Kreis trat. Er war ein kleiner, dürrer Mann mit dunklen Haaren und ebenso dunklen hohligenden Augen im wachsblassen Gesicht, bei dem die Not das ganze Jahr nicht aus dem Hause ging.

„Ja, ihr Männer“, sprach er, oft vom Husten unterbrochen und die Hand auf die stechende Brust gedrückt, „ha, wenn wir uns selber mit mehr helfen können, muß uns ein anderer helfen. Wenn wir auch unsere Not noch so laut hinausfrieren, die Kinder der Steinacher sind gerade todt bleich als ich und ich. Dort kann man uns nichts zu essen geben, aber unten am Fluß liegen die großen Gemeindevorstände. Der Graf hat sie uns schon längst abkaufen wollen, und sollen wir sie hergeben. Von dem Geld können wir dann am Rhein Getreide erstehen, damit wir Brot durch den Winter haben.“

Darob war er groß Geschrei und ein hartes Streiten für und wider. Weil aber die Not nun gar so arg war, einige man sich darüber, dem Grafen in Steinach die Wiesen gegen eine Leihsumme von hundert Gulden als Pfand und für die Zinsen zur Nutzung anzuverleihen. Nun war aber der Graf als ein hater Herr bekannt. Keiner wollte mit ihm zu tun haben und ihn um den Gefallen für die Gemeinde bitten. Bis sich zum Schluß drei der ärmsten Trotter dazu entschlossen, den Vorkauf für die armen Wiesen. Sie zogen ihre Willkürkittel an, nahmen den Stöcken, setzten mit dem Schiffelein über den Neckar und gingen zu dem harten Herrn, der auf einer der Wiesen in Steinach seinen Sitz hatte. Da mußten sie lange warten, bis man sie vorließ und die Hunde haben sie gleich den grimmigen Knechten des Grafen eine zeitlang geängigt.

nachdem die erledigte „Regierung“ Kapp in Berlin den Landwirten die Aufhebung der Zwangswirtschaft verweigert hatte, auch in landwirtschaftlichen Kreisen Baden und in den Presseorganen der landw. Organisationen Stimmen laut geworden sind, die offen oder verdeckt mit dem Plane der Aufhebung der Zwangswirtschaft sympathisieren. Demgegenüber wird in der amtlichen Notiz mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß selbstverständlich in Baden wie im Reich die Zwangswirtschaft weiter bestehen muß. Ohne sie wäre es unmöglich, den Nahrungsmittelbedarf in den nächsten Monaten, in welchen an sich unsere Ernährungslage mit vielen Schwierigkeiten zu rechnen hat, den ihnen zuteilenden Anteil an den nötigsten Lebensmitteln zu sichern.

Die Versorgung von Beamten bei Dienstanfällen.

Das Staatsministerium hat bestimmt, daß das Gesetz über die Fürsorge für die Beamten infolge von Betriebsunfällen vom 27. Juni 1902 auf alle Beamten unter Anrechnung der Feuererzeugnisse und Feuererzeugnisse angewendet wird, die in Ausübung ihres Dienstes bei der Verteidigung von Dienstgebäuden durch einen Angriff bei politischen Anlässen verunglückt sind.

Die Tabakfrage noch nicht geklärt.

Wie der Führer der Reichswirtschaftsministerien festgesetzt, daß für den 1919er Inlandhandel zu den feilher vorgezeichneten Ortspreisen von 825 bis 450 M für den Zentner ein Zuschlag von 60 % kommen soll, also nicht 150 %, wie seitens der Detag angenommen. Eine Versammlung von badischen Tabakhändlern und Fabrikanten hat vor einigen Tagen in Mannheim einen höheren Zuschlag als 20 % wegen der mangelhaften Beschaffenheit des 1919er Jahres und der inzwischen veränderten Sachlage der holländischen Saluta angelehnt.

Verlängerung der Poststunde.

Wie wir hören, schweben augenblicklich zwischen dem Ministerium des Innern und einigen Stadtverwaltungen, sowie Verkehrsvereinen Verhandlungen über die Verlängerung der Poststunde auf 11 Uhr, Samstag auf 12 Uhr.

Die Frage der Freifahrt der Eisenbahner schreibt uns ein Bahnarbeiter vom Lande:

Wie mir bekannt ist, wird jedes Jahr ein Eisenbahner, der im Besitz eines Freifahrtscheins ist, nicht 4 bis 5 Stunden, sondern 20 bis 25 in Abzug gebracht. Ich kann es auch deshalb nicht verstehen, wie sich Arbeiter darüber aussprechen und glauben können, die Eisenbahnarbeiter darüber besser geklärt als die Arbeiter in der Privatindustrie. Ich meine, gerade das Gegenteil trifft zu. In früheren Zeiten kämpfte man um die Freifahrt, die Eisenbahnarbeiter erlangten sie, wie die Arbeiter in der Privatindustrie, dann erst konnte man von ihnen verlangen, daß sie auch ihre Fahrt bezahlten. In den vierziger Jahren war und ist es doch auch der Fall, daß die Arbeiter ihre Freifahrt bekommen, und die Arbeiter in den Privatbetrieben ebenfalls ihren Lohn; und in vielen anderen Berufen ist es noch so. Vielleicht erhalten die Arbeiter bei Wolf und Sohn ab und zu auch ein Stück Seife gratis, was ihnen gewiß kein Arbeiter verweigert. Ich meine aber noch schwerer wäre es, daß jeder, der sich alle Arbeiter ohne Unterschied zusammenzuschließen und die nach Einnahmen aufmuntern würden, gemeinsam den Kampf gegen die Feinde der Freiheit und der Republik zu führen und die drohende Gefahr des konservativen Gewaltregiments niederzuhalten.

Die Eier im freien Handel.

Die Zwangsbewirtschaftung der Eier stand bekanntlich seit langem mehr auf dem Papier. Die Verbraucher setzten sich — zum eigenen Schaden — selbstständig über die zu ihrem Schutze erlassenen Verfügungen hinweg, und die Bauern auf dem Lande brauchten haben die erzbittern Eierhändler den aufdringlichen Hausfrauen und den Bekannten und Verwandten in der Stadt, als dem verhassten Kommunalverband, der neben seinen vielen sonstigen Fehlern auch den einen großen hatte, daß er nicht nur ein schlechter, sondern oft auch ein recht langamer Händler war. Seit einiger Zeit sind die Eier frei. Nur für die Sicherstellung der Versorgung von Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten besteht eine Nichtverfügung von 8 Eiern das Stück. Dieses Lieferungsloft wird übrigens nicht regelmäßig durchgeführt, sondern je nach den Verhältnissen geregelt. Gewisse Wichtigkeit und böse Jungen behaupten nun freilich, diese Eier werden samt und sonders „nach Preußen“ geschickt. Das ist jedoch eine Unwahrheit.

Zum Ankauf der übrigen Eier sind nur Personen zugelassen, die im Besitz eines diesbezüglichen Ausweises sind. So steht es wenigstens auf dem Papier. In Wirklichkeit läuft natürlich darauf hinaus, daß man, bevor man Eier kauft, den Ort und Konsumvereine überredet sich anzuschließen da und dort.

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe. Nachdruck verboten.

Die Schuld.

Eine Geschichte vom Dilsberg.

Es ist sehr lange her, seit die Geschichte passiert ist. Wir hat sie ein arg alter Bauersmann erzählt, welcher sie wieder von einem Ahnen weiß, der sie seinerseits vielleicht auf ähnliche Weise erfahren hat. Auf jeden Fall war es so gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts herum.

Der Redar schmeichelt sich dort in einem feinen Bogen um den Fuß des Dilsberges, leise rauschend und meistens zahm, denn seinen Wellen ist nicht viel Platz gegeben, sich rechts und links auszudehnen, weil die Ufer ziemlich rau ansteigen. Schräg gegenüber Redarsteinach liegen auf sanfter Erhöhung die Dilsberger Wiesen, welche aber nun nicht mehr zu dem auf hohem Berggipfel thronenden Orte Dilsberg gehören. Einmal, vor langer Zeit, war dies der Fall und ihr Verlust für die Dilsberger hing mit eigenartigen Umständen zusammen. Der Ort war damals schon besetzt und die wenigen Häuser, welche innerhalb seiner Mauern lagen, die waren zusammengedrängt wie eine Herde Schafe in engem Pferch. Einige wenige Bürger übten nebenbei ein Handwerk aus oder hatten ein Krämlein; die meisten bauten ihre Acker rundum, ernteten was dort wuchs und zehrten sich recht und schlecht durch. Denn sonderlich reich war die Gegend dort nicht. Und die Zeiten waren damals schwere, weil die Folgen des dreißigjährigen Krieges immer noch zu spüren waren und dessen Nachwehen wie eine schwere Kette herumzogen. Da hatten die Dilsberger einmal ein bitteres Mißjahr hinter sich. In der Talnische war alles durch Hagelschlag und schwere Welter verdorben, die Frühjahrssaat war ertrunken und was durch den Sommer in den nassen Herbst hinüber gereitet

war, das trotz der Wurm. Die Alten schnalften den Hungerriemen eng und die Kinderlein liefen mit blassen Wangen, während die Mütter verhärmte Gesichter hatten. Da traten nun die Gemeindevorstände zu einem Rat zusammen, wie der Not abzuhelfen sei. Man rief hin, man rief her und fand keinen Ausweg. Die Bürger schwiegen alle und war da eine bange Pause eingetreten. Bis plötzlich einer von den Männern, der ein Weber war, von seinem Platz aufstand und in den Kreis trat. Er war ein kleiner, dürrer Mann mit dunklen Haaren und ebenso dunklen hohligenden Augen im wachsblassen Gesicht, bei dem die Not das ganze Jahr nicht aus dem Hause ging.

Quert machte der Herr ein bitterböses Gesicht,

als die elend aussehenden Dilsberger in sein Gemach traten und abgehackt, wie arme Leute oft reden, ihre Bitte vortrugen. Lange ließ er sie ohne Antwort stehen und hegte einen seiner Hunde ein über das andere Mal mit wildem Schelten über den Stof, ehe denn er die armen Leute eines Nides würdigte und ihnen Antwort gab. Er fragte ein paarmal hin und her und gab dann seine Zusage. Jedoch mußte die Gemeinde Dilsberg einen Schuldbrief unterschreiben, des Inhalts, daß er zwar hundert Gulden Leihsumme gäbe, die Summe aber binnen heute und drei Jahren zur Mittagszeit zurückbezahlt sein müsse, und er für die Zeit freies Nutznießungsrecht über das Land habe.

Erleichtert zogen die Dilsberger ab und berichteten davon heim, was sie ausgerichtet. Die Gemeinde stimmte zu. Der Weber und der Schmied, der gerade ein armer Leufel war, welche aber beide einen Haufen Kinder hatten und ein Hänslein voll Schulden, die beiden mußten den Schuldbrief wieder zum Grafen bringen und der ließ ihnen das Geld ansbezahlen, steckte den Schuldbrief in einen schweren eisernen Kasten und sah dabei die zwei armen Leute in einer Weise an, daß ihnen das kalte Grausen den Rücken herunterließ.

In Dilsberg hatten sie nun Brot!

Denn hundert Gulden waren zu jenen Zeiten viel Geld. Das folgende Jahr war ein gutes. Die nächsten auch. Großen um Großen häufte sich zu Gulden. Und die reichten sich zusammen, bis das Hundert voll war. Das Ansehen des Webers war am Orte mittlerweile gestiegen und waren es besonders die armen Leute, welche ihn bei jeder Gelegenheit vorhoben, weil sein Rat es war, durch den sie damals Brot für ihre Kinder kriegten. Wohl war es für die Gemeinde ein hartes Muß, daß man die großen, fetten Redarwiesen miffen mußte und hat in jenen drei Jahren Groß und Klein viel tausend Tragkörbe mageres Hainarars unter Schweiß und Stöhnen zu Winterfutter für Geiz und Auh heimgeschleppt. Aber es mußte geben und ging, weil ein einzig Wollen in der Gemeinde war.

Dazu kommt, daß die in den letzten Jahren in den landwirtschaftlichen Kreisen Baden und in den Presseorganen der landw. Organisationen Stimmen laut geworden sind, die offen oder verdeckt mit dem Plane der Aufhebung der Zwangswirtschaft sympathisieren. Demgegenüber wird in der amtlichen Notiz mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß selbstverständlich in Baden wie im Reich die Zwangswirtschaft weiter bestehen muß. Ohne sie wäre es unmöglich, den Nahrungsmittelbedarf in den nächsten Monaten, in welchen an sich unsere Ernährungslage mit vielen Schwierigkeiten zu rechnen hat, den ihnen zuteilenden Anteil an den nötigsten Lebensmitteln zu sichern.

Das Staatsministerium hat bestimmt, daß das Gesetz über die Fürsorge für die Beamten infolge von Betriebsunfällen vom 27. Juni 1902 auf alle Beamten unter Anrechnung der Feuererzeugnisse und Feuererzeugnisse angewendet wird, die in Ausübung ihres Dienstes bei der Verteidigung von Dienstgebäuden durch einen Angriff bei politischen Anlässen verunglückt sind.

Wie der Führer der Reichswirtschaftsministerien festgesetzt, daß für den 1919er Inlandhandel zu den feilher vorgezeichneten Ortspreisen von 825 bis 450 M für den Zentner ein Zuschlag von 60 % kommen soll, also nicht 150 %, wie seitens der Detag angenommen. Eine Versammlung von badischen Tabakhändlern und Fabrikanten hat vor einigen Tagen in Mannheim einen höheren Zuschlag als 20 % wegen der mangelhaften Beschaffenheit des 1919er Jahres und der inzwischen veränderten Sachlage der holländischen Saluta angelehnt.

Wie wir hören, schweben augenblicklich zwischen dem Ministerium des Innern und einigen Stadtverwaltungen, sowie Verkehrsvereinen Verhandlungen über die Verlängerung der Poststunde auf 11 Uhr, Samstag auf 12 Uhr.

Wie mir bekannt ist, wird jedes Jahr ein Eisenbahner, der im Besitz eines Freifahrtscheins ist, nicht 4 bis 5 Stunden, sondern 20 bis 25 in Abzug gebracht. Ich kann es auch deshalb nicht verstehen, wie sich Arbeiter darüber aussprechen und glauben können, die Eisenbahnarbeiter darüber besser geklärt als die Arbeiter in der Privatindustrie. Ich meine, gerade das Gegenteil trifft zu. In früheren Zeiten kämpfte man um die Freifahrt, die Eisenbahnarbeiter erlangten sie, wie die Arbeiter in der Privatindustrie, dann erst konnte man von ihnen verlangen, daß sie auch ihre Fahrt bezahlten. In den vierziger Jahren war und ist es doch auch der Fall, daß die Arbeiter ihre Freifahrt bekommen, und die Arbeiter in den Privatbetrieben ebenfalls ihren Lohn; und in vielen anderen Berufen ist es noch so. Vielleicht erhalten die Arbeiter bei Wolf und Sohn ab und zu auch ein Stück Seife gratis, was ihnen gewiß kein Arbeiter verweigert. Ich meine aber noch schwerer wäre es, daß jeder, der sich alle Arbeiter ohne Unterschied zusammenzuschließen und die nach Einnahmen aufmuntern würden, gemeinsam den Kampf gegen die Feinde der Freiheit und der Republik zu führen und die drohende Gefahr des konservativen Gewaltregiments niederzuhalten.

Die Zwangsbewirtschaftung der Eier stand bekanntlich seit langem mehr auf dem Papier. Die Verbraucher setzten sich — zum eigenen Schaden — selbstständig über die zu ihrem Schutze erlassenen Verfügungen hinweg, und die Bauern auf dem Lande brauchten haben die erzbittern Eierhändler den aufdringlichen Hausfrauen und den Bekannten und Verwandten in der Stadt, als dem verhassten Kommunalverband, der neben seinen vielen sonstigen Fehlern auch den einen großen hatte, daß er nicht nur ein schlechter, sondern oft auch ein recht langamer Händler war. Seit einiger Zeit sind die Eier frei. Nur für die Sicherstellung der Versorgung von Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten besteht eine Nichtverfügung von 8 Eiern das Stück. Dieses Lieferungsloft wird übrigens nicht regelmäßig durchgeführt, sondern je nach den Verhältnissen geregelt. Gewisse Wichtigkeit und böse Jungen behaupten nun freilich, diese Eier werden samt und sonders „nach Preußen“ geschickt. Das ist jedoch eine Unwahrheit.

Zum Ankauf der übrigen Eier sind nur Personen zugelassen, die im Besitz eines diesbezüglichen Ausweises sind. So steht es wenigstens auf dem Papier. In Wirklichkeit läuft natürlich darauf hinaus, daß man, bevor man Eier kauft, den Ort und Konsumvereine überredet sich anzuschließen da und dort.

Die Eier im freien Handel.

Die Zwangsbewirtschaftung der Eier stand bekanntlich seit langem mehr auf dem Papier. Die Verbraucher setzten sich — zum eigenen Schaden — selbstständig über die zu ihrem Schutze erlassenen Verfügungen hinweg, und die Bauern auf dem Lande brauchten haben die erzbittern Eierhändler den aufdringlichen Hausfrauen und den Bekannten und Verwandten in der Stadt, als dem verhassten Kommunalverband, der neben seinen vielen sonstigen Fehlern auch den einen großen hatte, daß er nicht nur ein schlechter, sondern oft auch ein recht langamer Händler war. Seit einiger Zeit sind die Eier frei. Nur für die Sicherstellung der Versorgung von Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten besteht eine Nichtverfügung von 8 Eiern das Stück. Dieses Lieferungsloft wird übrigens nicht regelmäßig durchgeführt, sondern je nach den Verhältnissen geregelt. Gewisse Wichtigkeit und böse Jungen behaupten nun freilich, diese Eier werden samt und sonders „nach Preußen“ geschickt. Das ist jedoch eine Unwahrheit.

Zum Ankauf der übrigen Eier sind nur Personen zugelassen,

die im Besitz eines diesbezüglichen Ausweises sind. So steht es wenigstens auf dem Papier. In Wirklichkeit läuft natürlich darauf hinaus, daß man, bevor man Eier kauft, den Ort und Konsumvereine überredet sich anzuschließen da und dort.

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe. Nachdruck verboten.

Die Schuld.

Eine Geschichte vom Dilsberg.

Es ist sehr lange her, seit die Geschichte passiert ist. Wir hat sie ein arg alter Bauersmann erzählt, welcher sie wieder von einem Ahnen weiß, der sie seinerseits vielleicht auf ähnliche Weise erfahren hat. Auf jeden Fall war es so gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts herum.

Der Redar schmeichelt sich dort in einem feinen Bogen um den Fuß des Dilsberges, leise rauschend und meistens zahm, denn seinen Wellen ist nicht viel Platz gegeben, sich rechts und links auszudehnen, weil die Ufer ziemlich rau ansteigen. Schräg gegenüber Redarsteinach liegen auf sanfter Erhöhung die Dilsberger Wiesen, welche aber nun nicht mehr zu dem auf hohem Berggipfel thronenden Orte Dilsberg gehören. Einmal, vor langer Zeit, war dies der Fall und ihr Verlust für die Dilsberger hing mit eigenartigen Umständen zusammen. Der Ort war damals schon besetzt und die wenigen Häuser, welche innerhalb seiner Mauern lagen, die waren zusammengedrängt wie eine Herde Schafe in engem Pferch. Einige wenige Bürger übten nebenbei ein Handwerk aus oder hatten ein Krämlein; die meisten bauten ihre Acker rundum, ernteten was dort wuchs und zehrten sich recht und schlecht durch. Denn sonderlich reich war die Gegend dort nicht. Und die Zeiten waren damals schwere, weil die Folgen des dreißigjährigen Krieges immer noch zu spüren waren und dessen Nachwehen wie eine schwere Kette herumzogen. Da hatten die Dilsberger einmal ein bitteres Mißjahr hinter sich. In der Talnische war alles durch Hagelschlag und schwere Welter verdorben, die Frühjahrssaat war ertrunken und was durch den Sommer in den nassen Herbst hinüber gereitet

Quert machte der Herr ein bitterböses Gesicht,

als die elend aussehenden Dilsberger in sein Gemach traten und abgehackt, wie arme Leute oft reden, ihre Bitte vortrugen. Lange ließ er sie ohne Antwort stehen und hegte einen seiner Hunde ein über das andere Mal mit wildem Schelten über den Stof, ehe denn er die armen Leute eines Nides würdigte und ihnen Antwort gab. Er fragte ein paarmal hin und her und gab dann seine Zusage. Jedoch mußte die Gemeinde Dilsberg einen Schuldbrief unterschreiben, des Inhalts, daß er zwar hundert Gulden Leihsumme gäbe, die Summe aber binnen heute und drei Jahren zur Mittagszeit zurückbezahlt sein müsse, und er für die Zeit freies Nutznießungsrecht über das Land habe.

Erleichtert zogen die Dilsberger ab und berichteten davon heim, was sie ausgerichtet. Die Gemeinde stimmte zu. Der Weber und der Schmied, der gerade ein armer Leufel war, welche aber beide einen Haufen Kinder hatten und ein Hänslein voll Schulden, die beiden mußten den Schuldbrief wieder zum Grafen bringen und der ließ ihnen das Geld ansbezahlen, steckte den Schuldbrief in einen schweren eisernen Kasten und sah dabei die zwei armen Leute in einer Weise an, daß ihnen das kalte Grausen den Rücken herunterließ.

In Dilsberg hatten sie nun Brot! Denn hundert Gulden waren zu jenen Zeiten viel Geld. Das folgende Jahr war ein gutes. Die nächsten auch. Großen um Großen häufte sich zu Gulden. Und die reichten sich zusammen, bis das Hundert voll war. Das Ansehen des Webers war am Orte mittlerweile gestiegen und waren es besonders die armen Leute, welche ihn bei jeder Gelegenheit vorhoben, weil sein Rat es war, durch den sie damals Brot für ihre Kinder kriegten. Wohl war es für die Gemeinde ein hartes Muß, daß man die großen, fetten Redarwiesen miffen mußte und hat in jenen drei Jahren Groß und Klein viel tausend Tragkörbe mageres Hainarars unter Schweiß und Stöhnen zu Winterfutter für Geiz und Auh heimgeschleppt. Aber es mußte geben und ging, weil ein einzig Wollen in der Gemeinde war.

Berlin hat verlor...
 Baden und
 tionen Stim
 mit dem
 kompatibil
 mit allem
 überständli
 iter beisehr
 selbstverlor
 sich unter
 rechnen hat.
 Lebensmit-

Das kommt nun eine unerhörte Preissteigerung der
 wilden Aufkäufer, die den Bauern Preise aufdrängen,
 die in keinem Verhältnis mehr zum Nährwert eines Gies stehen.
 Hier sind die Bauern wirklich nicht der schuldige Teil, sie wären
 höchstens mit einer Mark für ein Ei recht wohl zufrieden.
 Um ihr schlimmes Schicksal zu bedenken, rufen sie wilden Auf-
 läufer an laute Stimme „haltet den Dieb“, d. h. sie schimpfen weid-
 lich über die Regierung, die angeblich noch zum Schwindel hilft.
 Wie die Anordnungen der Regierung heute getroffen sind,
 so man ihr gerechterweise wirklich keinen Vorwurf machen.
 Die Bauern sind nun in der Lage, nach Ablieferung der ge-
 wöhnlichen Füllmenge, an ihre Verwandten und Bekannten Eier
 zu verkaufen, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. In
 diesen Fällen ist eine Preissteigerung in der Regel doch
 nicht möglich ausgeglichen. Die Kontrollorgane der Regie-
 rung müssen aber angehalten werden, gegen die gewerbs-
 mäßigen wilden Eierkäufer mit aller
 Schärfe vorzugehen und insbesondere auch bei der Ausgabe
 der Aufkaufbescheinigungen nur vertrauenswürdige
 Personen berücksichtigen. Es ist fernerhin dringend notwendig,
 daß seitens der Regierung für die zugelassenen Aufkäufer
 Richtpreise herausgegeben werden, nach denen diese sich zu
 richten haben und weiterhin Verkaufspreise für die Eier-
 geschäfte.

Am besten würde die Eierversorgung wohl dadurch geregelt,
 daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften,
 die überall auf dem Lande bestehen, den Verkauf der Eier be-
 sorgen und diese dann den städtischen Konsumvereinen zuführen
 würden. Nach den gemachten Erfahrungen ist es dem Händler
 am, besonders aber nicht dem unläteren, doch um etwas ganz
 anderes als um die Versorgung der Bevölkerung zu tun. Der
 Verkehr zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen
 ist für beide Teile nur von Vorteil. Den Bauern können in
 diesem Falle nicht mehr alle Fehler und Tadel des unregelmäßigen
 Handels angeteilt werden und die Städte sind auf diese Art
 die schmerzhaftesten Preissteigerungen los.
 Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch an unsere Haus-
 frauen einige Worte richten. In den Läden in Karlsruhe sind
 jetzt Eier zu haben im Preise von 2.— bis 2,50 M das Stück.
 Man kann vielfach beobachten, daß verschiedene gutbesetzte
 Leute sich jetzt ihren Eierkorben einlegen, d. h. 2-300 Stück
 und mehr auf einmal einkaufen. Ein derartiges Gebahren
 ist natürlich dazu mit, daß die Eierpreise noch mehr steigen.
 In Norddeutschland sind die Eier um teilweise 50-80 % billiger
 als hier; in Berlin z. B. gibt es eine Unmenge Eier zu 1,50
 bis 1,70 M das Stück. Nachdem die Bauern ihre Wirtschaften
 abgelaufen haben, dürfte bereits in nächster Zeit die Eierausfuhr
 erheblich größer werden und den Hausfrauen kann daher nur
 empfohlen werden, in den jetzigen Tagen nur den laufenden
 Bedarf einzukaufen. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß die
 Eierpreise schon in ein paar Wochen zurückgehen werden.

Soziale Rundschau.

Die erholungsbedürftigen Kriegsbefehlshaber soll auch in die-
 sem Jahr am 1. Mai das am Fuße des Neckar gelegene Er-
 holungsheim Annaberg in Baden-Baden eröffnet
 werden. Nachdem bereits in den Jahren 1918/19 mehreren hun-
 derten Kriegsbefehlshabern Erholung und Kräftigung dort zuteil
 geworden war, können auch in diesem Jahre monatlich 20 Kriegs-
 befehlsabte (Unteroffiziere und Mannschaften) dazulose Aufnahme
 finden. Der vierwöchige Aufenthalt erstreckt sich jeweils vom 1.
 bis zum 28. der Monate Mai bis Oktober. Aufnahmebegehren
 müssen alsbald unmittelbar an die Versorgungsstellen (Bezirks-
 kommandos) oder an die amtlichen Fürsorgestellen gerichtet wer-
 den. Bei nachträglicher Bedürftigkeit erfolgt völlig kostenfrei
 Aufnahme, andernfalls sind nur die Selbstkosten zu entrichten.

Lebensversicherungen im Ausland. Die Zweigstelle Karls-
 ruhe des Verbandes der im Ausland geschäftigen Inlandsdeut-
 schen E. V. teilt uns mit:
 Deutsche, die Versicherungsgesellschaften im feindlichen Aus-
 land Lebensversicherungsprämien während des Krieges schuldig
 gelassen sind und deren Versicherungen daher sinnlos sind,
 können nach § 11 der Anlage zu Artikel 200 des Friedensvertrags
 ihre Versicherungen dadurch wieder in Kraft setzen, daß sie
 binnen 3 Monaten die Prämienrückstände mit 6 Proz. Zinsen be-
 zahlen. Den den Friedensvertrag ratifizierten Staaten gegen-
 über läuft die oben genannte Zahlungsfrist am 30. April ds. Jg.
 ab. — Weitere Auskünfte erteilt die Zweigstelle des Verbandes
 in Karlsruhe, Karlsruh. 10.

In einem Tage, Ende Oktober, es war Simon und
 Juda, da stigen der Weber und der Schmied den steilen
 Weg vom Dilsberg durch den Wald herunter, nahmen das
 Gemeindefestlein, führen über den Redar und legten am
 andern Ufer an. Der Schmied trug in seiner umgeschlall-
 ten Gelbake wohlverhahrt die hundert sauer zusammen-
 gekratzten Dilsberger Gulden und brachte die Hand schier
 laum vom Gürtel weg, in der Beförnis, das Geld zu ver-
 zehlen. Am Ufer lungerte wie von ungefähr einer der
 Knechte des Grafen. Ein oalglatker lustiger Kerl mit glat-
 tem Gesicht und einem Kopf voll Schwänke und
 Pflife. Der hatte die Hände in die Burenentaschen verlenkt
 und klumpert mit dem Geld herum. Der Weber, welcher
 sich in lustiger Stimmung befand, machte einen Scherz dar-
 über und so gab ein Wort das andere. Er habe geerbt,
 behauptete der Knecht, als er mit den beiden sich gegen den
 Ort bewegte. Eine Ruhme haben ihm einige Gulden
 hinterlassen und bei ihm halte das Geld doch nicht lange,
 deswegen sollten die beiden nur mit ihm in die Kneipe da
 am Wege kommen. Ein Krüglein Wein, darauf fäme es
 ihm nun einmal nicht an. Der Weber und der Schmied,
 die zwei blutarmen Teufel, welche alle heiligen Zeiten
 einmal einen Tropfen Wein zu sehen kriegten, gingen
 arglos mit.

Bei allen Heiligen, was wahr ist, muß wahr bleiben. Es
 kam dem Kriegsknecht wirklich nicht auf einen Krieg Wein
 an. Im Gegenteil, es wurden zwei und drei, vielleicht
 sogar noch mehr daraus. Der Knecht war ein außer Er-
 wähler, in Melchland gewesen und kannte alle Wege und
 konnte alle Lieder. Schelmlieder und ein Weiltied, grad
 wie mans wollte und wie sich gab. Der Wirt, der zechte
 lustig mit und gab von seinem Besten. Auch floß die und
 da ein Wechlein gebranntes Zwetschenwassers dazwischen,
 lobte zum Schluß die enge Kneipe in Lärm und Singen
 nur so hallente.
 Auf einmal kriegte der Weber tiefe Augen, langte in
 seinen Wams nach der Brust und stierte schmerzhaft auf
 sich. Gleich sprang auch der Schmied in die Höhe und fort liefen
 sie alle beide gegen das Schloß. Ihnen stand der kalte
 Schweiß auf der Stirn. Denn dort oben schlugen sie die
 Mittagsglocke an und den beiden Trübten fiel siederig ein,
 daß die Schuld um Mitternacht sein mußte, sollten die
 Wiesen nicht dem Grafen zu eigen fallen. Es war zu spät!
 Der Tornwärtel schlug ihnen das Vörllein vor der Nase
 an und lachte schallend auf. Am Söller lehnte der Graf

Die verkappten Kappfreunde in der „Badischen Presse“.

Karlsruhe hat zwei Sensationsblätter, ein großes und ein
 kleines. Das große Sensationsblatt ist die „Badische Presse“,
 das kleine der „Residenzanzeiger“, ein Winkelblättchen gewöhn-
 lichsten Schlages. Der „Residenzanzeiger“ präsentiert die von
 ihm produzierte journalistische Sensationsmache so offen, daß sie
 jeder Mensch sofort bemerken kann, also nur herbers beranlagte
 Menschen das Ding anfassn, sofern sie nicht beruflich dazu ver-
 urteilt sind. Die „Badische Presse“ dagegen produziert die
 typische deutsche Generalanzeiger-Charakterlosigkeit und ist des-
 halb in der Wirkung viel unheilvoller als das vorhin genannte
 Winkelblättchen. Die Leser der „Badischen Presse“, die sich trotz
 der regelmäßigen Generalanzeiger-Kelchere das politische Urteil
 nicht ganz rauben lassen, werden sich nach dem Genuß der Sams-
 tagabendnummer die Frage vorlegen haben: Was ist da los?
 Auf zwei Spalten in selb das Blatt seine Leser förmlich an,
 um ihnen die angebliche Borzüglichkeit der „Badischen Presse“
 recht einbringlich zu Gemüte zu führen. Wir lesen, daß „alle,
 denen an einer Bewahrung Deutschlands vor neuen schweren
 Fieberkrankheiten und an einer möglichst bald wieder einsetzenden
 Gesundung unserer Verhältnisse gelegen ist, nicht fest
 genug zusammenstehen“ können. An anderen Stellen
 der gleichen Nummer, wie schon im Morgenblatte, finden wir
 sogar eine augenfällige Akehr von der Berliner Staatsver-
 brecherbande. So am 20. März. Wie war es aber bei der
 „Badischen Presse“ am 13. März, dem Tage des Berliner
 Putschs und wie am 15. März? Da war in der „Badischen
 Presse“ auch nicht ein Wort der Verurteilung der militärisch-
 monarchistischen Verbrechen am deutschen Volke zu finden; im
 Gegenteil, durch Ueberschriften und durch die mehrfache
 Wiederholung der Bezeichnung „Die neue Regierung“, bereite-
 sich das Karlsruher Sensationsblatt hurtig darauf vor, schnell
 im Holle des Gelingens des reaktionären Putschs, ins beute-
 reichere Lager hinüber zu wechseln.

Der Schlingler ist ein kluger Mann,
 Versteht sich rasch zu drehn.
 Und wo ein Lüftchen Vorteil spannt, mit seinem leisen Wahn,
 Da segelt dieser Windpatron,
 Sogleich mit anderer Flagge schon,
 Ins beutereiche Lager.

Die „Bad. Presse“ war am Putschtag schon zum Sprung
 bereit, um, wenn günstige Nachrichten aus Berlin kamen, unter
 Gallo zu Kapp und Lüttich hinüber zu eilen. Sie hat die
 Schwimbelnachrichten der Kapp und Genossen mit Behagen ge-
 bracht, im Fettdruck und an der Spitze des Blattes, ohne ein
 Wort der Verurteilung oder Abwehr. Aber bereits am Montag
 abend schienen dem Verlag und der Redaktion die Dinge in
 Berlin nicht mehr hoffnungsvoll zu stehen und inzwischen hatten
 die Herrschaften wohl auch erfahren, daß innerhalb der Arbeit-
 erschaft, wie auch der politisch anständigen Bürgerschaft, der

Unmut über die verkappten Kappfreunde in der „Badischen
 Presse“ stark ist.
 Da ereignete sich im Stillen eine kleine Sensation: der
 Herr Chefredakteur der „Badischen Presse“ strapazierte in höchst-
 eigener Person die teuren Stiefelsohlen und erschien Dienstag
 früh in der Redaktion des „Vollstreub“. Und zu welchem
 Zweck angeblich? Man höre: um dem leitenden Redakteur des
 „Vollstreub“ mitzuteilen, daß nachmittags im Ministerium
 eine — Pressekonferenz stattfindet. Per Telephon war das in
 etwa zwei Minuten zu erledigen, unterdessen der Herr Chef-
 redakteur weit mehr als eine Stunde darauf verwendete. In
 Wahrheit schlug den Kappfreunden in der „Badischen Presse“
 das böse Gewissen. Und das sagte unser leitender Redakteur
 denn auch ganz ungeschminkt dem Herrn Chefredakteur und hielt
 auch damit nicht zurück, daß nur grenzenlose politische Unfähig-
 keit oder Skrupellosigkeit zu einem Verhalten führen konnte,
 wie es die „Badische Presse“ am 13. und 15. März befehlt hatte.

Das Verhalten der „Badischen Presse“ in jenen kritischen
 Stunden, als über das deutsche Volk das Unglück des Berliner
 militärisch-monarchistischen Putschverbrechens hereinbrach, wird
 aber sofort dadurch erklärt, daß das Blatt ja noch niemals eine
 eigene politische Ueberzeugung und Haltung hatte, sondern ein-
 fach ein auf die Erzielung von Profit eingestelltes General-
 anzeiger-Unternehmen ist. Wozu nunmehr kommt, daß der
 jetzige und noch sehr junge Verleger ein ehemaliger Offizier
 mit stark nationalistischen Anschauungen ist; ferner, daß der eine
 der sogenannten politischen Redakteure des Blattes ebenfalls ein
 früherer Offizier (Adeliger) ist. Und in Karlsruher Journa-
 listenkreisen kann man den Namen des Redakteurs der „Badi-
 schen Presse“ genannt erhalten, der sich, als ehemaliger Offizier
 zu dem charakteristischen Ausspruch verlegen haben soll: „Erf-
 bin ich Redakteur, und dann erst bin ich Staatsbürger!“ Dieser
 Mann handelt immerhin mit seiner famosen Anschauung in-
 sofern konsequent, daß er einem Generalanzeiger, also einem
 Sensationsblatt wie die „Badische Presse“, seine Kräfte widmet.

Nun wird es schon verständlicher werden, angesichts des be-
 vorstehenden Quartalswechsels und der Tatsache, daß die „Bad-
 Presse“ an den ersten Tagen gegen die Kapp- und Lüttich-
 bande kein Wortchen der Verurteilung hatte, wenn sie jetzt
 die Leser anwinzelt und vergessen machen will, was noch vor
 wenigen Tagen geschehen ist. Gerade die charakterlose General-
 anzeigerpresse, zu der ja die „Badische Presse“ zählt, ist ein
 Krebsgeschaden an unserm so darniederliegenden politischen Leben!
 Jedes offene reaktionäre Organ ist uns tausendmal achtsen-
 wertiger als diese Wetterfahnen, die immer bereit sind, nach dem
 Winde sich zu drehen und nur die eine Sorge kennen, daß das
 Geschäft floriert und nicht zu kurz kommt. Das mag für heute
 genügen zur Charakterisierung des Sensationsblattes, das in
 diesen Tagen einmal klar gezeigt hat, daß es jede politische
 Ueberzeugung sich raschstens zugulegen vermag.

Jugend und Sport.

- Ligaspiele: Rhön- und Karlsruher-Vollstieflub. Forzheim
 1:1; B. v. Karlsruhe-Spielvereinigung Freiburg 1:0.
 A-Klasse: Grünwinkel-Seggenau 4:1; Frankonia Karls-
 ruhe-Franconia-Bruchsal 3:1; Germania Durlach-B. f. B.
 Gröningen 1:3; Spielvereinigung Ettlingen-Germania
 Union Forzheim 1:2.
- Privatspiele. A. B. v. — 1. B. C. Forzheim 4:3; Offen-
 burg 1 B. 1:3. Spiele um die süddeutsche Meister-
 schaft: Bayern München-Sportklub Stuttgart 3:3; B. v.
 Frankfurt-1. B. C. Nürnberg 0:0.

Gerichtszeitung.

Das Wundgericht Konstanz verurteilte den 50jährigen ver-
 heirateten Landwirt Josef Schmidt aus Engelswies wegen
 Schleichhandels zu 5 Monaten Gefängnis und 2000 Mk. Geld-
 strafe. Schmidt, der seiner Ablieferungspflicht nur sehr schlecht
 nachkam, hatte in Postpaketen über 13 Zentner Butter, Eier,
 Schinken und Wehl nach Berlin und Karlsruhe geschickt und
 dafür außerordentlich hohe Preise erhalten.

Offener Brief des Prinzen Max von Baden.

In einem, vom 16. März datierten Offenen Brief gibt
 Prinz Max v. Baden unmittelbar nach Ausbruch der Gegen-
 revolution seine Meinung über die Gründe des Putschverfalls
 der reaktionäre Kapp und von Lüttich und über die nächsten
 Aufgaben der Reichsregierung kund. Er verurteilt darin zu-
 nächst auf das energischste die Gegenrevolution, die er als eine
 Torheit und ein Verbrechen an Deutschland be-
 zeichnet; sie müsse eine nationale Erhebung gegen die
 Reichsregierung zur Folge haben. Durch dieses Verbrechen werde
 unsere internationale Lage bedeutend verschlechtert in dem Mo-
 mente, als sie schon Anläufe zur Besserung zeigte. Zum ersten-
 male war die internationale Aufgabe der verfassungsmäßigen
 Regierung keine hoffnungslose mehr. Richtigkeitsbewegungen
 regten sich in den Ententeländern gleichzeitig mit dem Scham-
 gefühl über den furchtbaren Zustand Europas, für den die
 siegreichen Nationen die Verantwortung tragen. England
 zeigte ersten Willen, Hand anzulegen an der finanziellen Ge-
 sundung Mitteleuropas. Diese bloße Bekundung dieses
 Entschlusses führte eine merkwürdige Verringerung unserer Valuta
 herbei. Es gibt nur eine Rettung: Die Regierung Kapp muß
 ein sehr rasches Ende finden; sie muß zerbrechen an der Ent-
 schlossenheit von allen, die ehrlich auf dem Boden des Rechts-
 staates stehen und uns als einiges Volk erhalten wollen. Man
 hüte sich vor falschen Parolen. Die Parole darf heute nicht
 sein: Süddeutschland gegen Preußen; nicht: Partikularismus
 gegen Partikularismus, sondern sie muß sein: Deutschland gegen
 preußischen Partikularismus. Süddeutschland trägt heute
 die Verantwortung für das ganze deutsche Volk.
 Als nächste Aufgabe verlangt der Briefschreiber alsbald
 die Erneuerung der Reichsregierung unter Auf-
 rechterhaltung des Koalitionsprinzips. Die Regierung muß das
 Recht der Arbeiterschaft auf ihren gebührenden Anteil
 an der politischen und wirtschaftlichen Leitung zur Geltung
 bringen und demgemäß bei ihrer sozialen Gesetzgebung kein
 Privatinteresse, sondern nur das wirtschaftliche und kulturelle
 Wohl der Nation als Ganzes anerkennen. Die besten Elemente
 der drei in der Koalition vereinten Parteien sind dieser Ge-
 sinnung. Aber um dieser Gesinnung überzeugenden Ausdruck
 in der Regierung zu verschaffen, sollen gekroft andere Methoden
 als bisher bei der Auswahl der Minister angewandt
 werden. Richtigsten auf parlamentarische Bequemlichkeit und
 den Ehrgeiz der Parteien dürfen nicht die überragende Rolle
 spielen. Wir dürfen nicht wieder erleben, daß in erregten Fra-
 tionssitzungen persönliche Ambitionen den Ton angeben und daß
 als Ergebnis dem Reichskanzler dieser oder jener Kollege von
 fraktionswegen auftrouert wird.

Bei der Zusammenfassung des Ministeriums sollten zwei
 Gesichtspunkte im Vordergrund stehen: Erstens die persönliche
 und sachliche Eignung für den zu behebenden Posten, insbeson-
 dere die Eignung des Charakters für eine führende Stel-
 lung; zweitens: sollte das Reichsministerium durch seine Zu-
 sammensetzung der Mannigfaltigkeit der deutschen
 Stämme gerecht werden; wir brauchen auch gerade Vertreter
 aus den bedrohten Gebieten im Osten, Westen und Norden;
 Männer, die dort des Partikularismus Herr wurden und unter
 den schwierigsten Umständen den deutschen Gedanken retteten. Wir
 brauchen neben den Vertretern der Süddeutschen Hannoveraner
 und Hamburger, Männer, die starke Wurzeln in ihrer Heimat
 haben.

Am Schluß tritt der Briefschreiber für die direkte Wahl
 des Reichspräsidenten durch das Volk und für eine frühere Aus-
 scheidung der Neuwahlen ein. Den Versuch der Sozialdemo-
 cratie, die Wahl des Präsidenten durch das Volk umzuwälzen und
 die Verschiebung der Neuwahlen zum Herbst, hätten den Kapp-
 und Lüttich die moralische Fanfare geliefert.
 Dieser letzte Passus ist sehr angreifbar. Es ist klar, daß
 die Präsidentsfrage und die Frage der Neuwahlen nur eine
 Ausrede für die Putschisten und die stillen Koalitionäre
 ebenso wie die Forderung nach Sachministern.

Arbeiter-Turnerbund

10. Kreis - 3. Bezirk.

Sonntag, den 28. März 1920, vormittags 9 Uhr
beginnend, findet im „Kuechhäu“, Schützenstraße, in
Karlsruhe unser

Bezirks-Turntag

Alle Näheres geht den Vereinen durch Rund-
schreiben zu. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tages-
ordnung wird um vollständige Delegation durch die
Vereine ersucht.

Der Bezirks-Ausschuß,

D. S. B.

Gewerkschaft kaufmännischer Angestellter.

Dienstag, den 23. März 1920, abends 7 Uhr,
findet im Gartenjahr Weininger eine

außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Ergänzungswahl zum Vorstand.
2. Vertreterwahl zum Gautag.
3. Verschiedenes.

Vollständiges pünktliches Erscheinen dringend erforderlich.
M. S. 1.

Betriebsräte.

Das vor bald Jahresfrist angekündigte Betriebs-
rätegesetz ist am 4. Februar 1920 erlassen und am
9. Februar 1920 im Reichsgesetzblatt zugleich mit
einer vom Reichsarbeitsminister erlassenen Wahlord-
nung veröffentlicht worden. Die Betriebsräte sollen die
bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse ab-
lösen. Diese hören von dem Augenblick an zu be-
stehen auf, in welchem die Betriebsräte, Arbeiter-
und Angestelltenräte nach den neuen Bestimmungen
gewählt sind. Die Wahlen sind gemäß § 102 des
Betriebsrätegesetzes spätestens 6 Wochen nach seiner
Verföndung, also spätestens am 23. März 1920 ein-
zusetzen, d. h. zu diesem Zeitpunkt müssen die bis-
herigen Arbeiterausschüsse in einer gemeinsamen
Sitzung mit etwa vorhandenen Angestelltenaus-
schüssen den Wahlvorstand bestimmen, so daß die
Wahlhandlung nach den Vorschriften der Wahl-
ordnung beginnen kann. Wo ein Arbeiterausschuß
nicht vorhanden ist, tritt an seine Stelle der Ange-
stelltenausschuß. Wo diese Ausschüsse bis zu dem
genannten Termin ihrer Pflicht nicht genügt haben
oder wo solche Ausschüsse nicht bestehen, obwohl ein
Betriebsrat gewählt werden muß, hat der Arbeit-
geber die drei ältesten Arbeitnehmer seines Betriebes
als Wahlvorstand zu bestimmen.

Karlsruhe, den 8. März 1920.
Badisches Arbeitsministerium. D. S. 107

Einperrn der Tauben betr.

Während der Frühjahrssaat — den nächsten 3 Wo-
chen vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekannt-
machung an gerechnet — sind die Tauben einzu-
sperrn.

Zu widerhandlungen werden nach § 39 der Feld-
polizeiordnung bestraft.
Karlsruhe, den 18. März 1920.

Das Bürgermeisteramt.

Gas-, Wasser- und Strompreise betr.

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März ds. Jrs.
werden folgende Preise berechnet:

1. für Gas:
a) zu Leucht-, Koch- und Heizzwecken 65 s
b) zu Kraftzwecken 90 "

2. für Wasser:
a) durch Wassermesser gemessen . . . 35 "

- b) für den nicht durch Wassermesser fest-
gesetzten Verbrauch 5 % des Miet-
wertes des mit Wasser versorgten
Grundstückes.

3. für Strom:
a) für Licht bis zu 3000 Kwst. . . . 2,10 M

- b) für Kraft bis zu 3000 Kwst. . . . 1,05 "

Vom 1. April ab berechnen wir den Gas-, Wasser-
und Stromverbrauch wieder für 3 Monate.
Karlsruhe, den 20. März 1920.

Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Reinigung der Wasserrohrstränge.

Vom Montag, den 22. März bis Donnerstag, den
2. April 1920, wird die mechanische Reinigung der Wasser-
rohrstränge in der Ruffenstraße, Kaufstraße, Kugarten-
straße, Morgenstraße, Scherzstraße, Gerbinsstraße,
Eckelstraße, Kleinfeldstraße, Werderstraße und Schützen-
straße sowohl tagüber, wie auch nachts vorgenommen.

Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Erhö-
hungen des Wassers auch in entfernteren Rohrleitungen nicht
vermeiden; zeitweiliges Ausbleiben des Wassers, namentlich
in den höher gelegenen Stockwerken, ist nicht ausgeschlossen.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt. 725

Daniels Konfektions-Haus

Telefon 1846 Wilhelmstr. 34, 1. Treppe

Jackenkleider	aus guten Stoffen	Mk. 150 an
Seidene Jackenkleider		275 an
Seidene Jacken		150 an
Kostümröcke		42 an
Volleblusen		35 an
Frühjahrmäntel		130 an

— Keine Ladenspesen. — 2433

Bekanntmachung über den Verkauf getragener Unterhosen.

Nachdem nunmehr alle Haushaltungen B mit Unter-
hosen beliefert sind kommen die Haushaltungen A in nach-
stehender Reihenfolge zum Verkauf:

Montag, 22. März, die bei den Vätern Nr.	1-25 Einget.
Dienstag, 23.	26-31
Mittwoch, 24.	32-38
Donnerst., 25.	40-55
Freitag, 26.	56-61
Samstag, 27.	62-75
Montag, 29.	76-90
Dienstag, 30.	91-102

Weitere Verkäufe folgen.

Der Verkauf der Unterhosen erfolgt nur gegen Abgabe
der Hauszahlkarte Nr. 94. Der Preis beträgt Mk. 10.—
das Stück. Verkaufszeit von 9-12 Uhr vormittags und
2-5 Uhr nachmittags, im Verkaufstotal Kaiserstraße 91
(Goth. Hofen).

Wir weisen daraufhin, daß die Hauszahlkarte Nr. 94
fortwährend aufzubewahren ist, bis alle Haushaltungen in der
Reihenfolge der Bekanntmachung beliefert sind. 738

Städtische Bekleidungsstelle.

Bekanntmachung über Notstandsversorgung.

In allen einschlägigen Geschäften dieser Stadt
liegt weißes Hemdenstück circa 80 Zentimeter breit
zum Preise von 2,25 M pro Meter zum Verkauf auf.

Diese Ware darf nur gegen Berechnungsfchein
verkauft werden, welche für Kinderbewilligte in der
Bekleidungsstelle des Bürgermeisters in der Gefellstraße
Ede Herren- und Erbprinzenstraße ausgestellt
werden. 739

Städtische Bekleidungsstelle.

Liederhalle Karlsruhe. Orchester des Landestheaters.

Die Zerstörung Jerusalems

Oratorium für Soli, gemischten Chor
und grosses Orchester von Aug. Klughardt.
— 400 Mitwirkende. —

Solisten:

Elisabeth May (vom Landestheater Stuttgart),
Kathinka Neugebauer-Pecz, Else Köppen,
Hellmuth Neugebauer, Benno Ziegler.

Leitung: Hugo Rahner.

Anfang 1/4 Uhr. Ende gegen 6 Uhr.

Eintrittskarten von 2-12 Mk. im Vorver-
kauf ab 25. März in den Musikalienhandlungen
Fr. Doert, Kaiserstr. 159, für Plätze der
linken Seite und Fritz Müller, Kaiser-
strasse 124a, für Plätze der rechten Seite
sowie an der Tageskasse. 2473

Badisches Landestheater. Montag, den 22. März 1920. Macbeth

Trauerspiel in fünf Akten von Shakespeare.
Anfang 1/4 Uhr. (Mk. 7.50) Ende geg. 10 Uhr.

STRÜMPFE

Wir beginnen heute mit dem Verkauf
Moderner Damenstrümpfe
für die Frühjahrs-Saison
Unser Schaufenster zeigt bewährte Qualitäten
in Baumwolle, Flor, Mussoline, Seide.

Geschw. KNOPF

Städtische Fachschule für Elektro-Installateure und -Monteure

Karlsruhe i. B. 787
— Ganztags-Unterricht —
Kursdauer 15. April bis 31. Juli 1920. Schulgeld Mk. 105.—
Anmeldungen an die Schulleitung, Adlerstraße 20, erbeten.

Bei der Stadtgemeinde Singen ist die Stelle des

Stadtrechners

alsbald zu besetzen. Bewerber mit Erfahrung im
Gemeinderrechnungs- und Kasseneisen wollen ihre
Gesuche mit selbstgeschriebenen Lebenslauf und Zeug-
nissen beim Bürgermeisteramt Singen a. S. ein-
reichen. 2495

Stofflager L. Brotz

Marienstr. 18
Tel. 3950

Grosses Lager! Billige Preise! Sonderangebot

Herren-Stoffe

in vier versch. Farben 140 cm breit
auch für Damen-Kostüme geeignet
starke Qualität

Mk. 90.— per Meter

Versand nach auswärts gegen Nach-
nahme oder Voreinsendung des Be-
trages. 2343

Muster gegen 20 Pfg. Portokosten.

Frische Seefische

eingetroffen bei 2474
Herm. Runding, Kaiserstraße 110.

Kleinverkaufspreise für Gemüse.

Gültig für die Zeit vom 22. März 1920 bis
einschließlich 28. März 1920.

Gemüse.	
Pfund	Pfund
Rosenkohl, gelblich	300
Winterröhrl	30
Rotkraut	60
Weißkraut	40
Wirsing	40
Spinat	100
Schwartzkohl	100
Gelbe Rüben, rot und Karotten	40
Gelbe Rüben, gelb	35
Nettopreis	160*180
	5-10
	Stück
	5-10

Die mit einem * versehenen Preise sind Höchstpreise.
Die Ueberschreitung dieser Verkaufspreise wird als
Öffentlichkeitsverletzung oder als übermäßige
Preiserhöhung angesehen. 740

Karlsruhe, den 19. März 1920.

Preisprüfstelle für Marktmater.

Preiswerte 2476 Kohlenherde, Gashocher

und Herde in jeder Ausführung,
teils eigene beste Fabrikate,
liefert

J. Lechner

Karlsruhe, Hauptstraße 22.
Fernsprecher 4113.

Kaufe u. verkaufe

fortwährend getragene
Herren- und Damenbekleidungsstücke,
Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren,
Reisszeuge, Musikinstrumente, Fern-
gläser, Gold, Silber, Brillanten, Möbel
aller Art, Nähmaschinen, Kinderwagen
usw. usw. 2205

Gefl. Angebote erbitet

Kronenstr. 52 Weintraub's Telefon 3747

An- und Verkaufsgeschäft.

Das städtische Tiefbauamt Karlsruhe sucht für Ent- wurfsbearbeitung und Bau- aufsicht einen

Tiefbau-Techniker

(möglichst Baumeister) kon-
sistent im Vertragsverhältnis.
Bei Bewährung nach Ablauf
eines Jahres wird Einstellung
in das Beamtenverhältnis in
Auslicht gestellt. Die Neu-
stellung des städt. Tiefbau-
amtes steht in Aussicht. Mel-
dungen mit Lebenslauf, Zeug-
nissen und Angaben der vor-
läufigen monatlichen Gehalts-
ansprüche bis 22. März an
Städt. Tiefbauamt
Karlsruhe. 609

Badische Kriegerlisten

sind eingetroffen und damit
der 1. Hauptgewinn
von Mk. 15 000 bar
für einen meiner Kunden.
Ich zahle solchen sofort aus
und stehe weiter an:

Pr. Adv. Staatsanwalt
S. 2 u. 1. Kart.-Lose an badige
Ziehungen.

Carl Göß

Baugesellschaft und Leder-
handlung, Hebelstr. 11/12
beim Rathaus.

Darlehen

5. Weisheitlichkeit verlangen
Sie durch

A. Kiermann,
Karlsruhe, Blumenstr. 12
Tel. 3969. Sprech. tägl. nachm.

Suche sofort

tüchtigen Schneider

für Groß- und Kleinhänd. auf
Bauisch Hof im Hause. 2412

Woll Haus,
Hauptstr. 73.

Mädchen

die das Nägentischen
machen lernen wollen, zum
sofortigen Eintritt gesucht.
Heinrich Knippenberg,
Schützenstraße 16.

Suche per 15. April ein ord.
fleißiges

Mädchen

welches etwas Kochen kann
bei hohem Lohn und guter
Verhandlung.

Karlur Saar, Kaiserstr. 133.

Dienstmädchen

gegen hohen Lohn 2447
„geucht.“

Su. erf. Weiberpl. 33 (Zab.)

Monats-Frau

vormittags 2 Stunden sofort
geucht. Hebelstr. 33 II. 2381

Wer kauft gerill. Soden
geg. gute Bezahlung.
Stahlwolle vorhanden. An-
gebote unter Nr. 2492 an das
Bauwerkendbüro.

Bitte bringen Sie jetzt
Ihre 2573

alten Sommerhüte

zum Umformen nach Stoffen
vornehmen Modellen und
geschmackvoll Garnieren.

Salzmann

Kaiserstraße 235 III.

Altmetalle

alle Arten, Gold, Silber, Kupfer,
Nickel, Zinn, Eisen, Stahl- und
Gusseisen, Maschinen, sowie
ganze Fabrikeinrichtungen
kauft 2099

Geuerlein,
Fahnenstraße 26, Teleph. 3485.

Zahle!

höchste Preise für neue und
getrag. Kleider, Uniformen,
Schuhe, Wäsche, Teppiche,
Sachen und Betten.
Komme pünktlich ins Haus.
Zuführten erbeten an

S. Axelrod

Essenbeinstraße 32.

Wir kaufen

jedes Quantum Altmetalle,
sämtliche Metalle, alle Sorten
Kumpen und Holzprodukte usw.
Wir zahlen konstante
Preise, Günstiger Verkauf
für Händler.

P. Spielmann & Co.

Ettlingen (Baden).
Telefon 139. 635*

2323
melbet, da
unvermind
der organi
nifizieren